

8 Verflochtene Regionalkonflikte: Eine Bilanz

Mit der Annäherung der beiden deutschen Staaten und der Teilung Pakistans erfolgten in den Jahren 1971/72 zwei zeitlich parallele, aber gegenläufige Bewegungen. Die vorliegende Untersuchung zeigt nicht allein die Parallelen, sondern vor allem auch die Berührungspunkte und gegenseitigen Beeinflussungen dieser beiden verflochtenen regionalen Entwicklungen auf. Als gedankliche Klammer diente hier der globale Ost-West-Konflikt, der die deutsch-deutsche Auseinandersetzung in diesem Zeitraum ebenso durchdrang wie die indisch-pakistanische. Der Kalte Krieg verband diese beiden Konfrontationen zwar miteinander, immer wieder wurde seine Bipolarität von ihnen aber auch durchbrochen.

8.1 Erkenntnisse

The beginning of wisdom is to recognize our limited ability to affect what other countries regard as their vital interests, whether or not such interests seem vital to us.

William J. Barnds¹

Mit der Forderung nach größerer regionaler Autonomie brach sich 1970/71 in Ostpakistan ein Konflikt Bahn, der bereits in den Jahren und Jahrzehnten zuvor absehbar gewesen, von der pakistanischen Zentralregierung jedoch konsequent gelehnt, zumindest aber ignoriert worden war. Letztendlich ausgelöst wurde er durch die Ende 1970 ausbleibende staatliche Hilfe für das Gangesdelta, nachdem ein verheerender Zyklon dort schwere Schäden verursacht und Hunderttausende das Leben gekostet hatte, sowie die faktische Nicht-Anerkennung des Wahlsiegs der ostbengalischen Awami League unter ihrem Anführer Sheikh Mujibur Rahman. Als die pakistanische Zentralregierung unter General Yahya Khan und Außenminister Zulfikar Ali Bhutto sich gegenüber den ostpakistani-schen Forderungen nach Übertragung weitreichender Regierungsbefugnisse zu keinerlei Zugeständnissen bereit zeigte, eskalierte am 25. März 1971 schließlich die Lage. Die pakistanische Armee schlug die Proteste blutig nieder und die ostpakistani-sche Zivilbevölkerung begann, über die Grenze nach Indien zu fliehen.

Die Regierungen der beiden deutschen Staaten entschieden sich zunächst gegen eine Einmischung in diesen als rein innerpakistani-schen, höchstens aber auf den indischen Subkontinent begrenzt wahrgenommenen Konflikt. Angesichts der zu diesem Zeitpunkt noch vertretenen Hallstein-Doktrin der Bundesre-

1 Barnds: *India, Pakistan and the Great Powers*, S. 343.

gierung fürchteten beide Seiten, eine einseitige Parteinahme zugunsten Indiens oder Pakistans könnte ihre deutschlandpolitische Position im jeweils anderen südasiatischen Land gefährden. Als sich die indische Regierung durch die wachsende Zahl ostpakistanischer Flüchtlinge jedoch zum Eingreifen gezwungen sah, wurden die Bundesregierung und die politische Führung der DDR von Regierungsvertretern Pakistans und Indiens immer direkter dazu aufgefordert, zur ostbengalischen Frage Stellung zu beziehen.

Die beiden deutschen Staaten agierten in Südasiens damals unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen. Während die DDR im Jahre 1971 lediglich in Neu-Delhi mit einer mittlerweile zum Generalkonsulat umgewandelten Handelsvertretung präsent war, unterhielt die Bundesrepublik vollwertige diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen sowohl zu Indien als auch zu Pakistan. Um keiner der beiden Konfliktparteien einen Vorwand zu liefern, die DDR anzuerkennen, war die Bundesregierung in der indisch-pakistanischen Auseinandersetzung also besonders um Neutralität bemüht.

Genau diese diplomatische Anerkennung durch Indien aber war seit Jahrzehnten das wichtigste politische Anliegen der Ost-Berliner DDR-Führung in Südasiens gewesen. DDR-Diplomaten kam nun zugute, dass sie aufgrund fehlender offizieller Beziehungen zur pakistanischen Zentralregierung ihre Anteilnahme mit der indisch unterstützten ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung sehr viel freier ausdrücken konnten als die westdeutsche Bundesregierung. Sie erkannten dieses Potenzial bald und zeigten sich bereits in den Sommermonaten des Jahres 1971 sehr offen für Gespräche mit Vertretern der „Provisorischen Regierung von Bangla Desh.“ Im indischen Außenministerium wiederum durchschaute man dieses DDR-Kalkül sofort und versuchte, die ostdeutschen Gesprächspartner im indischen Sinne zu einer Anerkennung Bangladeschs zu überreden, ohne im Gegenzug selbst konkrete Zusagen machen zu müssen.

Dem international hochgeschätzten Bundeskanzler Willy Brandt gelang es inzwischen, der Regierung Indira Gandhis einen wichtigen Gefallen zu tun, ohne damit gleichzeitig die pakistanische Regierung vor den Kopf zu stoßen, indem er indischen Regierungsvertretern versprach, sich beim Indien gegenüber skeptischen US-Präsidenten Richard Nixon für sie zu verwenden. Im Sommer 1971 schien die Gefahr einer DDR-Anerkennung durch Indien durch diesen Schritt zunächst gebannt. In ihrem Streben nach diplomatischer Anerkennung in Südasiens trat die DDR daher weiter auf der Stelle.

Wider Erwarten bedeutete der Abschluss des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages am 9. August 1971 und die damit verbundene vermeintliche Hinwendung Indiens zum sowjetisch bestimmten sozialistischen Staatenbündnis weder für die Bundesrepublik noch für die DDR eine wesentliche Verbesserung ihrer gegensätzlichen deutschlandpolitischen Positionen in Südasiens. Im

Gegenteil fühlten sich die DDR-Außenpolitiker nun als natürliche Verbündete der indischen Regierung und kamen deren Forderung nach öffentlicher Solidaritätsbekundung für die ostbengalische Bevölkerung sofort nach, ohne eigene Bedingungen daran zu knüpfen. Dadurch gaben sie ein mögliches wichtiges Druckmittel zur Durchsetzung ihrer diplomatischen Anerkennung in Indien früh aus der Hand. Gegenüber der Bundesregierung wiederum konnten indische Regierungsvertreter nun glaubhaft vermitteln, sie seien von der solidarischen Haltung der DDR durchaus beeindruckt, und konnten von ihr dadurch die Preisgabe wichtiger und eigentlich bereits versagter Rüstungsgüter praktisch erzwingen. Ohne eigenes Entgegenkommen hatte die indische Regierung damit im Spätherbst 1971, kurz vor Ausbruch offener Kriegshandlungen mit dem Erzrivalen Pakistan, maximalen Nutzen aus der deutsch-deutschen Auseinandersetzung gezogen.

Der Beginn des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges Anfang Dezember 1971 änderte an dieser Situation zunächst wenig. In der Hoffnung auf die ersehnte diplomatische Anerkennung durch Indien, hatte die DDR-Führung sich mittlerweile dazu entschieden, die Unabhängigkeit Bangladeschs auch ohne feste indische Zusagen anzuerkennen. Allein der Widerspruch aus Moskau hielt die ostdeutschen Diplomaten noch von diesem Schritt ab. Die Bundesregierung wiederum bemühte sich, die Erfolgsaussichten dieser DDR-Pläne im Keim zu ersticken. Auf Drängen der indischen Regierung war sie zu bedeutenden entwicklungspolitischen Zugeständnissen bereit und gab damit entgegen ihrer eigentlich neutralen Haltung im Bangladeschkrieg Indien den Vorzug gegenüber Pakistan.

Während die US-Administration unter Nixon und Kissinger sich in diesem kurzen Krieg auf die Seite der pakistanischen Zentralregierung schlug, bemühte sich die sowjetische Führung in Moskau, der indischen Regierung international den Rücken freizuhalten. Die beiden Supermächte positionierten sich in diesem Konflikt also klar gegeneinander, wobei sie sich durch ihre nukleare Bedrohung gegenseitig neutralisierten. Mit ihrem Vetorecht blockierten sie außerdem den UN-Sicherheitsrat, wodurch sie auch anderen Staaten die Möglichkeit nahmen, multilateral in den südasiatischen Konflikt einzugreifen. Maßgeblich unterstützt durch das überlegene indische Militär, konnten die ostbengalischen Unabhängigkeitskämpfer den Krieg gegen die pakistanische Armee derweil in nur zwei Wochen für sich entscheiden.

Die große Siegerin des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges hieß Indira Gandhi. Äußerst geschickt war es der indischen Premierministerin im Herbst 1971 gelungen, die politischen Führungen in Washington und Moskau gegeneinander auszuspielen und dadurch den nötigen Spielraum zu gewinnen, um Indiens machtpolitische Interessen in der Region durchzusetzen. Das wichtigste Ziel aus indischer Sicht, nicht in die Abhängigkeit einer der Supermächte zu geraten, konnte Indira Gandhi ebenfalls erreichen.

Aus unterschiedlichen Gründen büßten USA und UdSSR ihre Einflussmöglichkeit in Südasien in der Folge erheblich ein. US-Präsident Richard Nixon und sein Nationaler Sicherheitsberater Henry Kissinger hatten die pakistanische Zentralregierung in ihrem dritten Krieg gegen Indien innerhalb von nur 25 Jahren zwar ausreichend unterstützt, um die indische Regierung nachhaltig vor den Kopf zu stoßen. In Islamabad aber war man nach dem Krieg enttäuscht darüber, dass die beiden sich geweigert hatten, tatsächlich auch militärisch zugunsten Pakistans in den Konflikt einzutreten.

Auch ihre loyalen Moskauer Partner ließ Indira Gandhi in dem Moment wieder fallen, in dem sie ihr nicht mehr nützlich zu sein schienen. Nach dem vernichtenden Sieg gegen Pakistan suchte die indische Premierministerin weniger eine weitere sicherheitspolitische Rückendeckung durch die UdSSR als einen Weg, nach Abschluss des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages und Ende des Krieges wieder glaubhaft als bündnisfreier Staat gelten zu können. Sie fand diesen Weg schließlich in Bonn.

Für die beiden deutschen Staaten erlangte der Bangladeschkrieg die größte Bedeutung deshalb erst nach seinem Ende Mitte Dezember 1971. Ging es bis zum Ausbruch des Krieges vor allem der indischen Regierung darum, die Deutungshoheit über die Schuldfrage im Konflikt in und um Ostbengalen und dadurch internationale Unterstützung zu gewinnen, so war es nun an den beiden deutschen Staaten, die indische Regierung im Nachhinein von ihrer Solidarität zu überzeugen, mithin darum, die Deutungshoheit wiederum über die deutsch-deutsche Positionierung in diesem Konflikt zu erlangen.

Einen ersten konkreten Erfolg in diesem Zusammenhang konnten die DDR-Politiker erzielen. Nachdem das sowjetische Außenministerium Anfang Januar 1972 seine früheren Einwände gegen eine sofortige Anerkennung Bangladeschs durch die DDR zurückgezogen hatte, setzte man in Ost-Berlin nun alles auf diese Karte. Tatsächlich gelang es DDR-Außenminister Otto Winzer durch sein beherztes persönliches Auftreten in Südasien wenige Tage später, seinem Land trotz westdeutscher Interventionsversuche die Anerkennung durch Bangladesch zu sichern und dadurch die Aussichten auf die eigentlich angestrebte Anerkennung durch Indien zumindest deutlich zu verbessern. Die westdeutsche Südasienpolitik geriet hierdurch merklich ins Wanken. Die Bundesregierung fürchtete nun ernsthaft um die indische Loyalität.

Um das drohende Szenario einer indischen DDR-Anerkennung noch abzuwenden, musste sie, vertreten durch AA-Staatssekretär Paul Frank, eine Woche nach Winzers Besuch in Bangladesch und Indien mehr anbieten, als lediglich mit der DDR gleichzuziehen. Da Indira Gandhi den Schulterchluss mit westlichen Ländern suchte und mit einem US-amerikanischen Entgegenkommen gegenüber Indien vorerst kaum zu rechnen war, besann man sich im AA bald auf

seine europäischen Partner. Diese waren tatsächlich dazu bereit, die westdeutsche Hallstein-Doktrin auch in den letzten Monaten ihres Bestehens noch einmal zu unterstützen, indem sie ihre Anerkennung des früheren Ostpakistans mit der Bundesregierung abzustimmen versprachen. Mit diesem Angebot konnte Paul Frank seine indischen Gesprächspartner schließlich gerade noch einmal davon abhalten, die DDR anzuerkennen, ohne dass dies im Gegenzug in Pakistan zu befürchten gewesen wäre.

Vor allem dem außerordentlichen persönlichen Prestige Willy Brandts war es zu verdanken, dass die indische Regierung im Frühjahr und Sommer 1972 trotz des immer intensiveren Ost-Berliner Drängens mit der DDR-Anerkennung noch so lange zögerte, bis der westdeutsche Bundeskanzler auf die Durchsetzung der Hallstein-Doktrin in Indien schließlich keinen Wert mehr legte. Nach einer letzten kurzen Verzögerung durch die Bundesregierung erfolgte die indische DDR-Anerkennung also am 8. Oktober 1972.

In Pakistan wiederum profitierte die DDR wenige Wochen später davon, dass der dortigen politischen Führung ihre Existenz als internationaler Akteur vor 1972 kaum bewusst gewesen war und die Regierung Bhutto sich nach der indischen DDR-Anerkennung im Herbst 1972 unter Zugzwang sah. Dadurch gereichte den DDR-Vertretern ihre offen anti-pakistanische Haltung im Konflikt um den ehemaligen Ostteil des Landes nicht zum Nachteil. Mitte November 1972 erkannte auch der letzte Nachfolgestaat Britisch-Indiens die DDR offiziell an.

Während die Innenpolitik der drei kriegsbeteiligten südasiatischen Staaten in den folgenden Monaten und Jahren von der zunehmend autokratischen Herrschaft ihrer jeweiligen Regierungschefs geprägt war, ergab sich in Bezug auf ihren Umgang mit den beiden deutschen Staaten ein etwas differenzierteres Bild. Nach früheren Schwierigkeiten im bilateralen Handel mit Indien und Bangladesch, setzte die Ost-Berliner DDR-Führung dort seit ihrer diplomatischen Anerkennung vermehrt auf relativ kostengünstige, aber öffentlichkeitswirksame Einzelaktionen wie etwa die Unterstützung bei den Repatriierungsmaßnahmen zwischen Bangladesch und Pakistan oder einen Ausbau des kulturellen Austauschs. Dadurch kam sie sehr erfolgreich ihrem Ziel näher, in Südasien bekannter zu werden und dort vor allem als ein von der Bundesrepublik verschiedener deutscher Staat wahrgenommen zu werden. Immer wieder verwiesen DDR-Diplomaten dabei auch in späteren Jahren noch wirksam auf ihre solidarische Haltung im Bangladeschkrieg.

Letztere Möglichkeit hatten die Ost-Berliner Regierungsvertreter in Pakistan naturgemäß nicht. Dort verlor die DDR nach ihrer diplomatischen Anerkennung Mitte November 1972 bald merklich an Momentum. Das MfAA der DDR bemühte sich in den Folgemonaten zwar noch, rasch eine Botschaft der DDR in Islamabad zu eröffnen, und war begeistert, als das pakistanische Außenministerium einen

erfahrenen Diplomaten als ersten Botschafter nach Ost-Berlin entsandte. Diese und ähnliche Gesten pakistanischen Entgegenkommens erwiderten die DDR-Diplomaten dann jedoch nicht. Stattdessen fürchteten sie vielmehr regelrecht potenziell unerfüllbare pakistanische Forderungen nach Leistung bilateraler Entwicklungshilfe.

Das Feld der in Pakistan wie auch in Bangladesch und Indien besonders bedeutsamen Entwicklungshilfe überließ die DDR dort fast vollständig der BRD. Im Ergebnis geriet ihre Vertretung in Pakistan dadurch mehr oder weniger zum Selbstzweck. DDR-Diplomaten verfolgten vor allem das Interesse, sich als deutsche Alternative zur Bonner Republik zu präsentieren. Abgesehen davon unterstützten sie in allen regionalen Belangen die UdSSR. In Bangladesch und Indien war die DDR-Zielsetzung zwar kaum konkreter, aufgrund ihrer Solidarität im Dezember 1971 begegnete man den Vertretern Ost-Berlins dort aber immerhin mit größerer Sympathie als in Pakistan. Durch gezielte kulturpolitische Maßnahmen verstanden die Vertreter der DDR es zudem durchaus, dieses südasiatische Wohlfühlen am Leben zu erhalten.

Die Eingangsthese dieser Studie lautete: „Die jeweilige Südasienspolitik der beiden deutschen Staaten war im Bangladeschkrieg derart auf- und gegeneinander bezogen, dass sie die Bipolarität des Kalten Krieges teilweise durchbrachen.“ Obige Ausführungen können diese These nun insgesamt bestätigen. Die Bundesregierung agierte in diesem südasiatischen Konflikt tatsächlich sehr unabhängig von ihrer vermeintlichen Hegemonialmacht USA. Es gelang der Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt, die indische Regierung im Gegenteil nachdrücklich davon zu überzeugen, dass vor allem Brandt selbst eine sehr viel Indien-freundlichere Haltung eingenommen hatte als der in Indien unbeliebte US-Präsident Richard Nixon. In den kritischen Wochen Anfang 1972 war die Bundesregierung dann dazu in der Lage, zwar nicht die USA selbst, aber doch eine ganze Reihe ihrer westlichen Bündnispartner in ihre Pläne zur Anerkennung Bangladeschs einzubinden² und dadurch ihre nationalen deutschlandpolitischen Interessen in Indien zu verteidigen.

Im Vergleich zu dieser starken eigenständigen Position der Bundesregierung in diesem internationalen politischen Machtspiel blieben die Außenpolitiker der DDR über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg deutlich abhängiger von der sowjetischen Führung. Sei es die Anerkennung Bangladeschs oder aber die spätere Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Pakistan: Stets handelten die DDR-Außenpolitiker mit Einverständnis, wenn nicht gar im Auftrag der Mos-

² Vergleichbar handelte sie auch in Argentinien, s. Abmeier: *Kalte Krieger am Rio de la Plata?* S. 527.

kauer Führung. Von einer tatsächlich selbstbestimmten DDR-Außenpolitik, wie manche sie ab den 1970er Jahren zu beobachten glauben,³ war die Ost-Berliner Führung im Bangladeschkrieg also noch weit entfernt.

Im Ergebnis ist damit zwar auch am vorliegenden Beispiel des Bangladeschkriegs der Beobachtung zuzustimmen, dass die DDR weitaus abhängiger von der Sowjetunion war als die Bundesrepublik Deutschland von den USA.⁴ Gerade in Bezug auf diesen spezifischen südasiatischen Konflikt und seine Bedeutung für das internationale Auftreten der beiden deutschen Staaten insgesamt ist dabei allerdings zu differenzieren. Dass Indien die DDR anerkannte, entsprach seit den 1950er Jahren weitaus mehr dem Wunsch der Ost-Berliner DDR-Führung als der sowjetischen. Aufgrund eben dieses nationalen Eigeninteresses war der DDR deutlich mehr als der Sowjetunion daran gelegen, der indischen Regierung im Konflikt in und um Ostbengalen vorbehaltlos den Rücken zu stärken. Insofern geschah das Vorpreschen der DDR-Diplomaten in der Anerkennung Bangladeschs um die Jahreswende 1971/72 durchaus im eigenen Interesse. Freilich blieben sie dabei von der Moskauer Führung weiterhin existenziell abhängig.⁵ Tatsächlich abweichen konnten die Vertreter der DDR von der sowjetisch vorgegebenen Linie also auch in diesem Moment nicht, sondern mussten vor ihrer Entscheidung, Bangladesch anzuerkennen, in jedem Fall zunächst die Moskauer Zustimmung abwarten.

Zum eigentlichen Kriegsverlauf sowie zu den globalen sicherheitspolitischen Aspekten des Bangladeschkriegs referiert die vorliegende Studie in erster Linie den aktuellen Forschungsstand. Darüber hinaus konnte die Recherche in deutschen Archiven allerdings auch noch einige bis dato unbekannt Facetten dieses südasiatischen Konflikts zutage fördern. Das betrifft in erster Linie Einzelheiten zum vergleichsweise kleinen Beitrag der beiden deutschen Staaten zum Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg und der geschickten Art und Weise, wie vor allem die indische Regierung die Politiker in Bonn und Ost-Berlin in die internationale Dimension dieses Krieges einzubinden verstand. Besonders eindrücklich werden hier am Beispiel der deutsch-deutschen Auseinandersetzung die Möglichkeiten der Regierung eines Staates der Dritten Welt deutlich, den Ost-West-Konflikt in ihrem Sinne auszunutzen.⁶

³ Harald Möller: *DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern. Ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran*. Berlin: Verlag Dr. Köster 2004, S. 331; ähnlich Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 1.

⁴ Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 6.

⁵ Smith: *New Bottles for New Wine*, S. 589; Muth / Seidel: *Außenpolitische Interessen der DDR*, S. 14–5.

⁶ Vgl. hierzu auch Spanger / Brock: *Die beiden deutschen Staaten in der dritten Welt*, S. 287 sowie die eingangs erwähnte Vorstellung einer „Tyrannei der Schwachen“ während des Kalten Krieges.

Unschwer erkennbar gewinnt diese Untersuchung an dieser Stelle damit auch normativen Charakter. Will man aus der obigen Darstellung Lehren für die Zukunft ziehen, so können die Ergebnisse dieser Forschung nur als ein Abgesang auf den Imperialismus verstanden werden. Versuche von Ost und West, Einfluss auf politische Entscheidungen der Staaten des indischen Subkontinents zu nehmen, waren auf der globalen Ebene zwischen Washington und Moskau ebenso wie auf der kürzeren Achse Bonn – Ost-Berlin gleichermaßen kostspielig, politisch aufwendig und riskant sowie im Ergebnis vollkommen nutzlos.

Die Primärquellen aus deutschen Archiven eröffnen außerdem eine weitere, in der einschlägigen Literatur bislang kaum berücksichtigte transregionale Dimension des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges. Dass Pakistans nordwestlicher Nachbar Afghanistan durchaus nicht nur stiller, sondern im Gegenteil überaus besorgter und potenziell opportunistischer Beobachter des Konflikts in seinem Nachbarland war, ist bereits angedeutet worden. Doch auch der pakistanische Nachbar Iran war am Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg beteiligt. Anders als diejenige in Kabul wollte die politische Führung in Teheran allerdings keineswegs von einem möglichen „Ausverkauf“ des westpakistanischen Territoriums profitieren.

Traditionell waren die Beziehungen zwischen Pakistan und dem Iran besonders eng. Im Sommer 1971 versprach der iranische Außenminister der pakistanischen Zentralregierung sogar militärische Unterstützung im Falle eines Konflikts mit Indien⁷ und nach Kriegsende im Januar 1972 hätte Bhutto den inhaftierten Mujibur Rahman am liebsten nach Teheran ausreisen lassen statt nach Dhaka.⁸ Der erste DDR-Botschafter in Pakistan sprach dem Iran vor diesem Hintergrund später gar die „Rolle eines ‚Hinterlandes‘ im Krieg von 1971“ zu.⁹ Zu untersuchen, warum dieser angekündigte militärische Eingriff des Irans dann doch nicht erfolgte und welche Rolle Pakistans westlichem Nachbarn im Bangladeschkrieg darüber hinaus noch zukam, bleibt allerdings späteren Studien vorbehalten.

8.2 Aktuelle Bezüge

Als einschneidendes Ereignis in der Zeitgeschichte des indischen Subkontinents wirkt der Bangladeschkrieg dort bis in die Gegenwart fort. Jahrzehntlang spielte die strafrechtliche Verfolgung der Kriegsverbrecher von 1971 in der südasiatischen

⁷ Lilienfeld an AA, 29. Juni 1971, PA AA, B 30, Bd. 668.

⁸ Berger an AA, 12. Januar 1972, PA AA, B 36, Bd. 540.

⁹ Marezki in „Jahresbericht – Pakistan 1973“, undatiert, PA AA, M 1, C 86/78.

Politik kaum eine Rolle. Nach Auslieferung der 195 beschuldigten Offiziere durch die Regierung von Bangladesch im Jahre 1973 machte die pakistanische Regierung unter Zulfikar Ali Bhutto jedenfalls keinerlei Anstalten, sie wie versprochen vor Gericht anzuklagen. Ende der 1980er Jahre stieg der berüchtigte „Schlächter von Bengalen“ General Tikka Khan sogar zum Gouverneur der bedeutendsten pakistanischen Provinz Punjab auf.

Erst als die Tochter Mujibur Rahmans, Sheikh Hasina Wazed, im Jahre 2009 zum zweiten Mal zur Premierministerin von Bangladesch gewählt wurde, sollte sich an der Straffreiheit für die Täter von damals etwas ändern. Bereits im Folgejahr wurde in Dhaka ein Kriegsverbrechertribunal eingerichtet, das 2013 unter großer öffentlicher Anteilnahme die ersten Urteile fällte.¹⁰ Im Februar 2016 entwarf die Bangladesh Law Commission in Anlehnung an eine ähnliche Pönalisierung der Holocaustleugnung in einigen europäischen Staaten einen „Liberation War Denial Crimes Act“.¹¹ Nicht zufällig unterstützte die Regierung von Bangladesch ausgerechnet am 26. März desselben Jahres die Veröffentlichung eines Computerspiels zum Bangladeschkrieg. Sein Titel: „Heroes of 1971: Retaliation.“¹²

Auch bei Bangladeschs großem Nachbarn Indien sind die Folgen des Bangladeschkriegs bis heute zu spüren. Wie auf der zentralstaatlichen Ebene in Neu-Delhi, so stellt die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) auch im nordöstlichen Bundesstaat Assam seit einigen Jahren die Regierung. Dort wurde im Sommer 2018 ein neues Bürgerregister erstellt, das all diejenigen Bewohner Assams zu illegalen Einwanderern erklärte, die nicht nachweisen konnten, dass sie oder ihre Eltern bereits vor dem Stichtag des 25. März 1971 dort lebten. Dadurch wurden vier Millionen vor allem muslimische Menschen mit einem Mal staatenlos, die oder deren Vorfahren während des Bangladeschkriegs über die Grenze nach Indien geflohen waren. Ein öffentlicher Aufschrei der Empörung in Indien erfolgte prompt.¹³

Außerhalb Südasiens wiederum sind die Folgen des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg als solchem zwar kaum mehr wahrzunehmen, immer wieder ergeben sich allerdings Parallelen zwischen den damaligen Entwicklungen und aktuellen Ereignissen. So ist auch heute noch ein Bestreben von

10 Bass: *Bargaining away Justice: India, Pakistan, and the International Politics of Impunity for the Bangladesh Genocide*, S. 141.

11 David Bergmann: *The Politics of Bangladesh's Genocide Debate*.

12 Ishtiaq Husain: 'Heroes of 71: Retaliation' to be released on March 26. In: *DhakaTribune*, 23.03.2016, <https://www.dhakatribune.com/uncategorized/2016/03/23/heroes-of-71-retaliation-to-be-released-on-march-26> (Zugriff am 08.10.2018).

13 Silke Diettrich: Plötzlich illegal. In: *Deutschlandfunk*, 04.08.2018, https://www.deutschlandfunk.de/indien-ploetzlich-illegal.799.de.html?dram:article_id=424678 (Zugriff am 08.10.2018).

Entwicklungs- und Schwellenländern zu beobachten, sich Industrienationen vor allem in solchen Momenten als neue Partner anzubieten, in denen diese ihr Verhältnis zueinander neu austarieren. Zuletzt geschah dies etwa, als viele Europäer eine zunehmende transatlantische Entfremdung unter dem neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump fürchteten. Manchen erschienen die VR China, Indien und Russland vor diesem Hintergrund als die zuverlässigeren politischen und wirtschaftlichen Partner, die sich in der Folge auch nur allzu gern als solche anboten.¹⁴

Für die bundesrepublikanische Außenpolitik bedeutet die Präsidentschaft Donald Trumps zudem mitunter eine ganz ähnliche Verunsicherung wie diejenige Richard Nixons fast fünf Jahrzehnte zuvor. Am 22. November 1971, nur anderthalb Wochen vor Ausbruch des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges, wurde so der damalige westdeutsche Außenminister Walter Scheel von den erfahrensten Diplomaten im AA eindringlich davor gewarnt, die Nixon-Administration drohe, „das deutsch-amerikanische Verhältnis auf das Ernsteste [zu] gefährden.“ Die Ähnlichkeiten mit der heutigen Situation sind frappierend. Es hieß:

Die amerikanische Außenpolitik befindet sich in einer historischen Übergangssituation mit dem Drang zu einer Neuorientierung jahrzehntealter Prioritäten. Die USA versuchen,

- konfrontiert mit ernststen innen- und außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten,
- geschüttelt von gesellschaftspolitischen Krisen,
- verunsichert durch ein ins Wanken geratenes Selbstverständnis,
- geführt von einer zu diplomatisch unkonventionellen Methoden neigenden Regierung,

ihre nationalen Probleme unter Kontrolle zu bringen, ihre Weltmachtrolle neu zu definieren und ihren Platz in einer künftigen multipolaren Kräftekonstellation festzulegen.

[...] Angesichts des zunehmenden Drucks einer ernüchterten und engagementsmüden Öffentlichkeit und eines zornigen und provinziellen Kongresses, der die Kompetenzen des Präsidenten zu außenpolitischen Festlegungen beschränken möchte, besteht die Gefahr,

14 Chitrapu Uday Bhaskar: Russia-India-China meeting shows a multipolar world order is taking shape. In: *South China Morning Post*, 15.12.2017, <https://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/2124329/russia-india-china-meeting-shows-multipolar-world-order> (Zugriff am 08.10.2018); Kuldeep Kumar: India, Russia strive for ‘multipolar’ world in Trump’s ‘America first’ era. In: *Deutsche Welle*, 25.05.2018, <https://www.dw.com/en/india-russia-strive-for-multipolar-world-in-trumps-america-first-era/a-43930359> (Zugriff am 08.10.2018); Theo Sommer: Was Europa von Indien, China und Russland lernen kann. In: *Zeit Online*, 24.07.2018, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-07/transatlantische-beziehungen-donald-trump-angela-merkel-eu-usa> (Zugriff am 08.10.2018).

daß die USA dem seit 25 Jahren praktizierten Internationalismus als oberstem Prinzip der amerikanischen Außenpolitik den Rücken zu kehren beginnen.¹⁵

Die Parallelen zum gegenwärtigen transatlantischen Verhältnis gehen noch weiter: Die Nixon-Administration war damals enttäuscht „über die als unzureichend empfundenen Verteidigungsbeiträge der mit amerikanischer Hilfe reich gewordenen europäischen Verbündeten“ sowie über die „mangelnde Bereitschaft der europäischen Staaten im Währungs- und Handelsbereich zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz angemessene Beiträge zu leisten.“¹⁶

Auch auf der anderen Seite des früheren Eisernen Vorhangs wurden in letzter Zeit Erinnerungen an die Zeit des Kalten Krieges geweckt. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im Frühjahr 2014 und militärischen Operationen in den Nachbarländern Georgien und Ukraine gewann diese Epoche jäh wieder an tagespolitischer Relevanz. Rhetorisch glaubt man in Ost und West einen Rückfall in die Zeit des Kalten Krieges zu beobachten, und besinnt sich plötzlich gern wieder auf damalige sicherheitspolitische Axiome wie etwa das Denken in globalen Einflussphären oder das nukleare Gleichgewicht.¹⁷ Die dünne Staubschicht, die sich nach 1990 auf dem Ost-West-Konflikt auszubreiten begann, ist in jüngster Zeit wieder gehörig aufgewirbelt worden. Grund genug, sich dem Kalten Krieg als konstituierendem Bestandteil unserer gemeinsamen Vergangenheit und Gegenwart weiterhin wissenschaftlich zu widmen.

8.3 Limitationen und Ausblick

Auch fast ein halbes Jahrhundert nach dem Bangladeschkrieg ist zu diesem südasiatischen Konflikt noch lange nicht das letzte Wort gesprochen. Die weiter bestehenden Fragen betreffen nicht allein den ereignisgeschichtlichen Hintergrund des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges, der mit zunehmender Freigabe bislang zurückgehaltener indischer Archivquellen künftig immer genauer

¹⁵ AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 407.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Paul Blickle / Sasan Abdi-Herrle: Der neue Kalte Krieg. In: *Zeit Online*, 07.06.2016, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-07/nato-aufruestung-russland-kraefterverhaeltnis-karte> (Zugriff am 08.10.2018); Kersten Knipp: Russland: Kalter Krieg reloaded? In: *Deutsche Welle*, 02.03.2018, <https://www.dw.com/de/russland-kalter-krieg-reloaded/a-42790821> (Zugriff am 08.10.2018); Joachim Käppner: Angst vor der Rückkehr des Kalten Krieges. In: *Süddeutsche Zeitung*, 30.03.2018, <https://www.sueddeutsche.de/politik/internationale-krise-angst-vor-der-kaelte-1.3924644> (Zugriff am 08.10.2018).

auszuleuchten sein dürfte, sondern auch in Bezug auf die deutsch-deutsch-süd-asiatischen Beziehungen Anfang der 1970er Jahre, den Kern der vorliegenden Arbeit also, bleibt noch Einiges offen.

Die These dieser Arbeit lautet: Die jeweilige Südasienpolitik der beiden deutschen Staaten war im Bangladeschkrieg derart auf- und gegeneinander bezogen, dass sie die Bipolarität des Kalten Krieges teilweise durchbrachen. Zu hinterfragen wäre nun, ob die beobachtete Abweichung der Bundesregierung von der Haltung der US-Administration als vermeintlichem außenpolitischem Vorbild tatsächlich in erster Linie auf die Präsenz der DDR in Südasien zurückzuführen war, oder ob die Regierung Brandt hierbei nicht auch dem öffentlichen Druck der bundesrepublikanischen Bevölkerung nachgab. Die These der vorliegenden Studie solchermaßen weiterzuentwickeln, erforderte gleichsam einen Brückenschlag zur kürzlich von Martina Franke vorgelegten Arbeit zum Wandel des Indienbildes in den westdeutschen Medien.¹⁸ Hierbei wäre ein besonderes Augenmerk auf Art und Weise der außenpolitischen Entscheidungsfindung in der sozialliberalen Koalition zu legen. Diskursiver Anknüpfungspunkt einer solchen Studie wäre dann vermutlich weniger wie vorliegend die klassische Diplomatiegeschichte als die Forschung zur politischen Anthropologie der Bonner Republik.

Eine solche Untersuchung sollte sich nicht allein auf die Bundesrepublik beschränken, sondern auch den anderen deutschen Staat einbeziehen. Gerade die politischen Entscheidungsprozesse in der DDR haben zuletzt vermehrt wissenschaftliche Beachtung gefunden. So wies Oliver Bange darauf hin, dass die außenpolitische Arbeit des MfAA der DDR nicht nur von der im Laufe der Jahre zunehmend starken SED, sondern auch vom Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) zumindest flankiert wurde.¹⁹ Auch die Rolle des MfS als außenpolitischer Akteur der DDR (als eigenmächtiger Entscheidungsträger, aber auch mittels Unterwanderung des MfAA durch zahllose Inoffizielle Mitarbeiter²⁰) verdient weitere wissenschaftliche Beachtung. Denkbar wäre etwa eine Übertragung von Anna Wardas Untersuchung zu den Stasi-Aktivitäten in Sansibar, Mosambik und Nicaragua²¹ auf den indischen Subkontinent.

Naheliegend wäre in Ergänzung zu diesen Fragestellungen mit Bezug zur jeweiligen Innenpolitik der beiden deutschen Staaten auch eine Fortschreibung

18 Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien. Westdeutsche Betrachtungen und Begegnungen zwischen 1947 und 1973*.

19 Bange: *Sicherheit und Staat*, S. 11; vgl. auch Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 631–2.

20 Hierzu lediglich Möller: *DDR und Dritte Welt*, S. 32.

21 Assoziiertes Dissertationsprojekt am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam mit dem Arbeitstitel *Tschekistische Entwicklungshilfe. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der „Dritten Welt“*.

der deutsch-deutsch-südasiatischen Verflechtungsgeschichte über den Untersuchungszeitraum Anfang der 1970er Jahre hinaus; also der Frage nachzugehen, wie die deutsch-deutsche Auseinandersetzung auf dem indischen Subkontinent sich in den späten 1970er und 1980er Jahren weiterentwickelte. Übergreifend könnte außerdem die deutsch-deutsche Reaktion auf Schlüsselereignisse der südasiatischen Zeitgeschichte untersucht werden, wie etwa auf die Zeit der „Emergency“ unter Indira Gandhi zwischen 1975 und 1977, ihre Ermordung 1984 oder aber die sowjetische Intervention in Afghanistan ab 1979. Dadurch könnte die Perspektive der vorliegenden Arbeit noch einmal erweitert werden, etwa auf das Thema „Die internationale Krisenreaktion der beiden deutschen Staaten am Beispiel von Krisen auf dem indischen Subkontinent.“²² Bei einer solchen Untersuchung wäre der Bangladeschkrieg dann nur ein Fallbeispiel von mehreren.

Eine solche zeitliche Koinzidenz der deutsch-deutschen mit der südasiatischen Verflechtungsgeschichte wie in den Jahren 1971/72 hat sich seither nicht noch einmal ergeben. Ergänzend zur vorliegenden politikgeschichtlichen Erzählung der deutsch-deutsch-südasiatischen Verflechtungsgeschichte in diesem Zeitraum könnte eine kulturhistorische Aufarbeitung des Aufeinandertreffens von Neuer Ostpolitik und Bangladeschkrieg interessant sein. Zu denken wäre hierbei insbesondere an eine Analyse der Entwicklungen in beiden Regionen vor dem Hintergrund der sozialen Umwälzungen der 1968er Bewegung. Eine solche Arbeit könnte dazu beitragen, die Lücke zwischen Srinath Raghavans Überlegungen zur Bedeutung von „1968“ für die pakistanische Innenpolitik²³ und Quinn Slobodians zu den Einflüssen dieser Bewegung auf die westdeutsche Außenpolitik²⁴ zu schließen.

Eine weitere Möglichkeit bestünde in einem Wechsel der Perspektive auf die deutsch-deutsch-südasiatische Verflechtungsgeschichte zum Beispiel durch eine Studie zur Reaktion der Staaten des indischen Subkontinents auf die deutsche Wiedervereinigung 1989/90. Zwar sind die relevanten Archivquellen in Deutschland (wie auch in Indien) aufgrund der Sperrfrist von 30 Jahren derzeit noch nicht vollständig zugänglich, doch stehen für diesen Zeitraum in der jüngeren Vergangenheit zum Ausgleich immerhin noch etliche Zeitzeugen zur Verfügung.²⁵

22 Vergleichbar zuletzt Abmeier: *Kalte Krieger am Rio de la Plata? Die beiden deutschen Staaten und die argentinische Militärdiktatur (1976–1983)*.

23 Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 15–18.

24 Quinn Slobodian: *Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany*. Durham: Duke University Press 2012.

25 So war Wolfgang Grabowski, der letzte Botschafter der DDR in Indien, freundlicherweise zu einem Hintergrundgespräch über seine Arbeit in Südasien bereit.

Das ursprüngliche Desiderat, neben dem indischen auch das ostbengalische Werben um internationale Hilfe während des Unabhängigkeitskampfes des Jahres 1971 zu erforschen, erfüllt die vorliegende Studie hinsichtlich der beiden deutschen Staaten und der besonderen Konstellation ihrer auf- und gegeneinander bezogenen Südasienpolitik. Aufgrund der notwendigen Beschränkung der Recherchen auf deutsche und indische Archive bleibt die weitere globale Dimension dieses Werbens indes zwar unbeleuchtet, einige Querverweise konnten dennoch aufgedeckt werden, wie etwa der Auftritt ostbengalischer Studenten bei der Interparlamentarischen Konferenz in Paris.²⁶ Es wäre lohnenswert, diesen allerersten Schritten des werdenden Bangladeschs auf dem internationalen diplomatischen Parkett noch weiter und umfassender auf den Grund zu gehen.

Die erwähnten Forschungslücken und -ideen sind bei weitem nicht abschließend. Historische Ereignisse sind vielseitigen Einflüssen ausgesetzt, die nie vollständig abgebildet werden können. Mit den deutsch-deutsch-südasiatischen Verflechtungen Anfang der 1970er erfasst die vorliegende Monografie unterschiedliche Zusammenhänge, die zentral für die gesamte Epoche des Kalten Krieges waren: Das Aufeinandertreffen von Ost-West- und Nord-Süd-Konflikten, vermengte nationalstaatliche Interessen als Ausdruck zunehmender Globalisierung, die indische Bündnisfreiheit im Kalten Krieg und das Auseinanderbrechen Pakistans als Folgen der kolonialen Vergangenheit des indischen Subkontinents.

Ähnlich vielleicht wie Egon Erwin Kisch, der in seiner Erzählung „Ein Reporter wird Soldat“²⁷ eindrücklich zeigt, dass der knappe Heeresbericht über einen Frontabschnitt im Ersten Weltkrieg aus Sicht des einzelnen Soldaten doch deutlich größere Schrecken bergen kann, so erfasst und vermittelt auch die vorliegende Darstellung historischer Zusammenhänge unmöglich alle Gründe, Perspektiven und Auswirkungen des zugrundeliegenden vielschichtigen historischen Ereignisses, das durch seine Einbettung in den globalen Kalten Krieg zusätzlich an Komplexität gewinnt.²⁸ Die dadurch in dieser Untersuchung notwendigerweise entstehenden Lücken zu schließen bleibt anderen vorbehalten. Hierzu möge diese Studie als Inspiration dienen.

26 „Treffen der Interparlamentarischen Union (Vom 2. – 10. September 1971 in Paris)“ von H. D. Malaviya, undatiert, BArch, DZ 9/3671.

27 Egon Erwin Kisch: Ein Reporter wird Soldat. In: *Schreib das auf, Kisch! Ein Kriegstagebuch*. Berlin: Aufbau 2014, S. 307–320.

28 Vgl. Pierre Grosser: Looking for the Core of the Cold War, and Finding a Mirage? In: *Cold War History* 15,2 (2015), S. 245–252, hier S. 246.